

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
die 5 gespaltene Zeile
oder deren Raum 10 J;
bei Auskunftserteilung
durch die Exped. 12 J.
Reklamen
die 3 gesp. Zeile 25 J.
Bei öfterer Insertion
entsprech. Rabatt.
Fernsprecher Nr. 4.
Telegraphen-Adresse:
„Enztäler, Neuenbürg“.

Nr. 84.

Neuenbürg, Freitag den 26. Mai 1905.

63. Jahrgang.

Rundschau.

Der Reichstag setzte am Samstag bei sehr schwachem Besuch die zweite Lesung des Entwurfs betreffend Änderungen der Zivilprozessordnung bei Artikel 1 der Kommissionsbeschlüsse (Heraufhebung der Revisionsinstanzen) fort. Da die namentliche Abstimmung darüber um 2 Uhr Beschlußunfähigkeit ergab, wurde vom Präsidenten Graf Ballestrem auf 2 1/2 Uhr eine neue Sitzung angeberufen. In dieser Sitzung wurde ohne Debatte erledigt in dritter Lesung das Abkommen mit Luxemburg über die Freizügigkeit des zum menschlichen Genuß bestimmten Fleisches und in zwei Lesungen die Vorlage über die Bildung deutscher Konjunkturverbände in den deutschen Konjunkturbezirken. Das Totalisatorgesetz wurde ebenfalls debattelos in dritter Lesung gegen die Stimmen der Freisinnigen und der Sozialdemokraten erledigt. — In der Montagssitzung wurde zunächst der Antrag Stell betr. Abänderung der § 44 der Gewerbeordnung in erster und zweiter Beratung erledigt. Bei der dritten Beratung von Rechnungsübersichten über die Kolonien kam es zu einer kurzen Auseinandersetzung zwischen den Abgeordneten Storz (D. Vpt.) und Erzberger (Ztr.) über die Eisenbahnfrage in den Kolonien. Der Gesetzentwurf über die Bildung deutscher Kommunalverbände in den deutschen Niederlassungen zu Tientsin und Hankau wurde in dritter Beratung debattelos erledigt. Die wiederholte namentliche Abstimmung über den ersten Paragraphen zur Zivilprozessordnung, wonach die Revisionsinstanz beim Reichsgericht auf 2500 A. erhöht werden soll, ergab abermals, wie am Samstag, Beschlußunfähigkeit des Hauses, weshalb die Sitzung geschlossen wurde.

Der Reichstag, welcher wohl noch in diesem Monat vertagt werden wird, hat in der letzten Berichtswoche nur kleinere Sachen erledigt. Die schwierige Frage der Reichssteuerreform wird erst im kommenden Spätherbst zur Verhandlung im Reichstag gelangen. Der preussische Landtag hat nun doch den Bergwerksbesetzerentwurf der Regierung nur mit bedeutenden Verstärkungen angenommen. In der Hauptsache bleibt eigentlich nur noch die Bestimmung bestehen, daß das Bagennullen künftig verboten sei. Daß unter den Bergarbeitern Erbitterung herrscht, ist begreiflich. Doch werden sie kaum schon wieder zu einem Streik greifen wollen. Einer zur Zeit wieder im Gange befindlichen Lohnbewegung der Schneidergesellen Deutschlands treten nun sämtliche Schneidermeister durch eine allgemeine Organisation entgegen. In Leipzig, Hamburg und München haben die Meister schon sämtliche Gesellen ausgesperrt, weil letztere sich weigerten, Kleider anzufertigen, wenn sie auch nur vermuten, daß der eine oder andere Anzug aus einer Stadt gefandt sei, wo die Gesellen streiken. Das lassen sich die Schneidermeister mit Recht nicht gefallen, und es ist leicht möglich, daß in allen Städten Deutschlands die Gesellen von den Meistern ausgesperrt werden, damit erstere einander nicht mehr unterstützen können.

Paris, 24. Mai. Beide Ärzte, die von der Gerichtsbehörde mit der Untersuchung des Giftes zustandes der Prinzessin Luise von Koburg betraut waren, haben ihren Bericht erstattet, dessen Schlußfolgerungen für die Prinzessin durchweg günstig sind. In Bezug auf die kirchenpolitische Lage in Frankreich will das Pariser „Journal“ wissen, daß der Erzbischof von Avignon Sauer nach Rom zitiert worden sei, nicht um, wie es hieß, mit dem Kardinal-Staatssekretär über die Trennungsvorlage zu konferieren, sondern weil er wegen seiner republikanischen Gesinnung dem Vatikan verdächtig worden sei. Das Blatt behauptet, daß der Vatikan sofort nach Verlautbarung des Trennungsgesetzes 12 französische Bischöfe, welche sich als Anhänger der Republik bewähren hätten, absetzen werde.

Baku, 24. Mai. Die Russische Telegraphenagentur meldet: Heute nachmittag 3 Uhr wurde der

Gouverneur Fürst Raschidse durch eine Bombe getötet, ebenso ein Kosakenoffizier, der zufällig vorüberging. Der Kutscher wurde verwundet.

Der russisch-japanische Krieg.

London, 24. Mai. Die Meldungen vom Kriegsschauplatz in der Mandchurie lassen erkennen, daß nach den Vorbereitungen nicht nur eine große Schlacht bei Charbin zu erwarten ist, sondern daß auch die japanischen Operationen gegen Wladiwostok mit vollem Ernst betrieben werden.

London, 24. Mai. Japanische Privatberichte versichern, daß General Kuroki oberhalb von Runguta die Eisenbahn nach Charbin erfolgreich abschneidet und auf diese Weise Wladiwostok völlig isolierte. Die regelrechte Belagerung Wladiwostoks wird in allernächster Zeit beginnen.

Manila, 25. Mai. Nach einer amtlichen Depesche aus Iloilo (Luzon) sind am 20. ds. über 50 Kriegsschiffe an der Ostküste der Batan-Inseln (zwischen Luzon und Formosa) nordöstlich steuernd gesehen worden. Es wird angenommen, daß es russische gewesen sind.

Manila, 25. Mai. Ein unbefügtes Gerücht besagt, die Flotten seien südlich von Formosa zusammengestoßen und die Japaner seien geschlagen worden. (?)

Einem Mitarbeiter des „Ausf.“ gegenüber erklärte der Vertreter des russischen Marineministeriums, Admiral Awellan: Die beunruhigende Meldung über den Gesundheitszustand Raschidjewskys ist mit großer Vorsicht aufzunehmen. In seinen Berichten teilt Raschidjewskys mit, er fühle sich infolge eines Nierenleidens ermüdet, doch habe sich sein Befinden seit Antritt der Fahrt nicht verschlechtert; Admiral Fokkerjam sei jedoch krank. Raschidjewskys sehe wie bisher an der Spitze des Geschwaders und führe es zuverlässig seinem Ziele zu. Die Ernennung eines neuen Kommandierenden der Flotte im Sillien Ozean sei zu erwarten gewesen, da Raschidjewskys nur Chef seines Geschwaders sei. Awellan sprach ferner die Ueberzeugung aus, zwischen Raschidjewskys und Wjreski werde kein Antagonismus aufkommen. Eine Seeschlacht sei bald zu erwarten; Raschidjewskys verfüge über viele Mittel, die Japaner zur Schlacht zu zwingen.

Berlin, 25. Mai. Aus Tokio ist nach London telegraphiert worden, daß ein Zivilbeamter, welcher dort von Port Arthur eintraf, gemeldet hat, daß die Hebungsarbeiten im Hafen sehr befriedigend fortgeschritten. Ueber 20 größere und kleinere Dampfer seien gehoben und zum Teil schon im Gebrauch. Auch die Arbeiten zur Vergung der Kriegsschiffe werden stetig und erfolgreich fortgesetzt. Man nimmt an, daß mit der Zeit sämtliche russischen Panzer geborgen und der japanischen Flotte eingereicht werden können, einschließlich des in der Außenrede auf dem Grund liegenden Linienschiffes Sewastopol.

Ein Petersburger Korrespondent erhielt folgende Information im Generalkab: Eine neue Phase des Krieges ist eingetreten. Ruhig und unauffällig sind einige Wochen hindurch nach der Mandchurie Truppen jeder Waffengattung entsandt worden, so daß Linewitschs Kräfte jetzt eine ungeheure Ueberlegenheit über Oyama haben müssen. Ebenso ist jede Anstrengung gemacht, die Festungswerke von Wladiwostok zu verstärken und die Ausichten der Verteidigung zu bessern, da dieser Punkt in unmittelbarer Zukunft ganz sicher das Zentrum der Operationen bilden wird. Man ist überzeugt, daß Raschidjewskys an Logos Flotte vorbei in diesen Hafen einlaufen wird, und vor diesem Plage wird die japanische Theorie von Port Arthur scheitern, weil er nicht in derselben Weise abgesperrt werden kann; russische Schiffe werden stets in der Lage sein, auszubrechen und auf Streiffahrten im Transpazifik zu führen, wie es denn auch im Sinne des Admirals liegt. Schwierigkeiten macht nur die

Kohlenversorgung der Schiffe, aber auch dafür ist gesorgt. Die Meldung von des Admirals Krankheit ist ein japanischer Schreckenszug, auch die Entsendung Wjreskis hat nur den Sinn, daß er Seekommandant von Wladiwostok und Führer des dortigen Geschwaders werden soll, daß ja weiter bestehen muß, falls Raschidjewskys zur Schlacht ausläuft. Dieser bleibt die Seele der Evacuation, und das Vertrauen, das er sich durch Strenge und Gerechtigkeit bei der Mannschaft erworben hat, ist ein so wichtiger Faktor für den Sieg, daß er durch Leute wie Nebogatow oder Wölferjam oder Wjreski schlechterdings nicht zu ersetzen ist.

Württemberg.

Stuttgart, 25. Mai. Die Sitzung der Kammer der Abgeordneten am gestrigen Mittwoch, in welcher mit der Einzelberatung des Eisenbahnetats begonnen wurde, war angefüllt mit parlamentarischer Kleinarbeit, hauptsächlich mit der Behandlung von Petitionen verschiedener Beamtenkategorien. Am Etat selbst hatte auch die Finanzkommission keine oder doch nur geringe Änderungen vorgenommen, welchen das Plenum durchweg seine Zustimmung gab. Einer vom Berichterstatter v. Kiene und dem Abg. Dambacher gegebenen Anregung, daß auch innerhalb des Verkehrsdepartements die fernsprachlichen Bezeichnungen mehr und mehr durch deutsche Ausdrücke ersetzt werden sollten, versprach Minister v. Soden nachzugehen. In einem weiteren Wunsch der Bahnenmeister nach Einführung des Oberbahnenmeisterstitels bemerkte Herr v. Soden mit gutem Humor, daß diesbezügliche Wünsche, da sie einer berechtigten deutschen Eigentümlichkeit entspringen, auch bei anderen Kategorien bestehen; um diese Wünsche nicht bis zur Neuregelung des Beamtengesetzes unerfüllt zu lassen, habe er eine aus Beamten des Ministeriums, der Generaldirektion und der beteiligten Beamtenkreise bestehende Kommission zur selbständigen Behandlung und Regelung der Titelfrage eingesetzt, deren Vorschläge zur Zeit dem Staatsministerium unterliegen. Eine längere Debatte knüpfte sich an die Petition der Verkehrsbeamten vom niederen Dienst um Neuregelung der Dienst- und Ruhezeit, wozu die Kommission „Erwägung“ in dem Sinne beantragte, inwieweit eine Verbesserung der dienstlichen Inanspruchnahme, insbesondere auch in Bemessung der Ruhetage und dienstfreien Sonntage für das gesamte Dienstpersonal durchzuführen ließe. Gestützt auf statistische Belege wies Minister v. Soden nach, daß die württembergischen Unterbeamten der Verkehrsanstalten nicht ungünstiger gestellt sind, als diejenigen in Preußen und Baden; die Verbesserung der Lage dieser Kategorien lasse die Verwaltung sich selbstverständlich angelegen sein, insbesondere werde angestrebt, dem Personal jährlich 17 dienstfreie Sonntage und die Möglichkeit eines zweimaligen Gottesdienstbesuchs im Monat zu gewähren. Der Kommissionsantrag auf Erwägung wurde angenommen. Ueber die Eingabe der Bahn- und Weichenwärter, die zum Schluß noch in Angriff genommen wurde, konnte wegen der vorgerückten Zeit nicht mehr entschieden werden. Im übrigen ist aus den Verhandlungen noch hervorzuheben, daß eine Eingabe der Stuttgarter Hotelbiener um Erlassung der Bahnsteiggebühren der Regierung zur Kenntnisnahme übergeben wurde. Eine vom Abg. Guoth angechnittene Frage, die Erleichterung und Sicherung des Milchtransports im Sommer durch Anbringung von Kühlvorrichtungen in den für die Milchbeförderung bestimmten Waggons, versprach Minister v. Soden in Erwägung zu ziehen, wobei er durchblicken ließ, daß damit naturgemäß auch eine Verteuerung des Milchtransports verbunden wäre. Die Beschwerden über ein angebliches parteiisches Verfahren bei der Verpachtung von Bahnhofswirtschaften, worauf der Berichterstatter die Aufmerksamkeit lenkte, wies Staatsrat v. Balz als durchaus unbegründet zurück, indem er bemerkte, die Verwaltung

verfahren dabei mit der größten Gewissenhaftigkeit und stets nach dem Grundsatze, daß nicht das billigste Angebot, sondern dasjenige, bei welchem die Interessen des Publikums und der Verwaltung am besten gewahrt erscheinen, berücksichtigt werden solle.

Stuttgart, 25. Mai. Die Kammer der Abgeordneten hat heute die Beratung des Eisenbahnetats zu Ende geführt. Zunächst wurden die Petitionen der Bahn- und Weichenwärter, die noch eine kurze Debatte hervorriefen, dadurch erledigt, daß nach Ablehnung eines Antrags Keil auf „Erwägung“ die Petitionen dem Kommissionsantrag entsprechend der Regierung lediglich zur Kenntnisnahme übergeben wurden. Nachdem mit diesen Petitionen in der Hauptsache die die Personalverhältnisse betreffenden Fragen abgetan waren, kamen noch einige den Eisenbahnbetrieb und -Verkehr berührende Angelegenheiten zur Behandlung. Ueber die ungenügende Heizung der Wagen und über das unangebrachte Verhalten von Eisenbahnunterbeamten brachte Abg. v. Nieder auf Grund eigener Erfahrungen verschiedene Beschwerden vor, indem er hervorhob, daß die Sparfamkeit, wenn es sich um die Gesundheit des Publikums handle, nicht am Platze sei. Die Beschwerden über mangelhafte Heizung führte Staatsrat v. Balz auf die Dampfheizung zurück, die eben noch nicht absolut einwandfrei funktioniert, weshalb in der letzten Zeit verschiedene Verbesserungen vorgenommen worden seien. Gegenüber den von Hausmann-Gerabronn vorgebrachten Klagen über eine wenig höfliche Behandlung des Publikums durch einzelne Unterbeamte nahm der Präsident der Generaldirektion seine Beamten nach Möglichkeit in Schutz, indem er ein solches inoffizielles Verhalten zwar aufs schärfste verurteilte, aber auch darauf hinwies, daß das Verhalten des Publikums in zahlreichen Fällen nicht weniger als korrekt sei und in den meisten Fällen den direkten Anlaß zu unliebamen Szenen gebe. Bei ihren diesbezüglichen Erhebungen habe die Verwaltung eine recht stattliche Sammlung von schwäbischen Kraftandrücken zusammengebracht, die, wenn sie veröffentlicht würde, beinahe geeignet wäre, den alten guten Ruf der schwäbischen Gemütslichkeit in Frage zu stellen. Auf einige weitere Anregungen stellte Staatsrat v. Balz sodann noch in Aussicht, daß in den Personenwagen wieder Thermometer angebracht werden sollen, obwohl die früheren meist gestohlen worden seien. Von Interesse waren auch einige Mitteilungen über elektrische Beleuchtung, die bis jetzt in 11 Wagen eingeführt wurde. Die Versuche damit sind allerdings noch nicht abgeschlossen, haben aber ergeben, daß die elektrische Beleuchtung im Betrieb fast doppelt so teuer kommt, als Gas, und daß auch die Einrichtungskosten (zirka 4000 M. per Waggon) unverhältnismäßig hoch sind, so daß also an eine Ersetzung der erst vor wenigen Jahren mit einem Kostenaufwand von 4000 000 M. durchgeführten Gasbeleuchtung durch elektrisches Licht in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Die mit den rauchverzehrenden Feuerungen gemachten Erfahrungen sind nicht sehr günstig; auch hier ist also vorläufig an eine allgemeine Durchführung nicht zu denken. Zum Schluß kamen noch die Verhältnisse der Werkstättenarbeiter zur Sprache. Staatsrat von Balz erklärte sich hierbei mit der Bildung von Arbeiterausschüssen, soweit solche bis jetzt nicht vorhanden sind, einverstanden. Einer grundsätzlichen Neuregelung der Löhne sei die Verwaltung bereits nähergetreten, obwohl die Bezahlung in den staatlichen Werkstätten durchschnittlich besser sei, als in den privaten Betrieben. Gegenüber der Forderung des Neunstundentags in den Werkstätten verhält sich die Verwaltung nicht grundsätzlich ablehnend, sie glaubt aber, daß diese Frage im Einvernehmen mit den übrigen deutschen Bahnverwaltungen gelöst werden sollte.

Der Verkehr und die Einnahmen der R. württ. Staatsbahnen weisen im April folgende Zahlen auf: Befördert wurden 3 698 181 Personen (+ 331 497), 830 480 Tonnen Güter (+ 14 174). Einnahmen: aus dem Personenverkehr 2 034 000 M. (+ 184 000), aus dem Güterverkehr 2 937 000 M. (+ 63 000 M.), aus sonstigen Quellen 256 000 M. (=), im ganzen 5 227 000 M. (mehr 247 000).

Stuttgart, 23. Mai. Wie schon mitgeteilt, wird Ende dieser Woche die 5. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins in Stuttgart tagen. Prinz Heinrich von Preußen wird zu den Festlichkeiten hierher kommen und als Gast des Königs am 27. und 28. Mai in Stuttgart anwesend sein. Am Freitag, 26. Mai, findet eine Begrüßung im Stadtgarten statt. Die beiden Hauptversammlungen finden am Samstag und Sonntag, den 27. und 28. Mai, vormittags, in der Königs-Karls-Halle des Landesgewerbemuseums statt. Der König wird sich an den Beratungen beteiligen; ebenso

wird der König am Festabend am Samstag in dem Festsaal der Lieberhalle teilnehmen. Für Sonntag nachmittag sind die Festteilnehmer zu einem Besuch auf der Kgl. Wilhelma eingeladen. Abends findet Festvorstellung im Kgl. Hoftheater statt. Für Montag ist eine Fahrt an den Bodensee geplant. In Ulm wird auf der Hinfahrt behufs Besichtigung des Münsters Aufenthalt genommen. In Friedrichshafen wird sich dem gemeinschaftlichen Mittagessen eine Rundfahrt auf dem See anschließen.

Stuttgart, 25. Mai. Nach kurzem Leiden ist heute nachmittag hier General der Infanterie a. D. Wilhelm v. Böckern im Alter von 75 Jahren gestorben. Noch vor kurzer Zeit hatte sich der General in rüstiger Gesundheit bei dem Lichenbegängnis des verst. Generalarzts v. Fichte beteiligt; erst vor wenigen Tagen besiel ihn eine Erkältung, an deren Folgen er nun heute nachmittag verschieden ist. Der um Württemberg's Armeekorps hochverdiente General ist am 31. Okt. 1829 als Angehöriger einer alten Nürnberger und dann Ulmer Patrizierfamilie geboren. Schon im Herbst des Jahres 1845 ist er in die Offizierbildungsanstalt zu Ludwigsburg eingetreten. Er wurde dann am 9. Okt. 1848 zum Leutnant im 6. Inf.-Reg. befördert. Er war es, der einst im französischen Feldzug seine Truppen am Berg Mealy zu glorreichem Sieg geführt hat, und er ist als erster und bisher einziger württembergischer General an der Spitze des Armeekorps seines engeren Heimatlandes gestanden.

Stuttgart, 24. Mai. Zum Gedächtnis an die Schillerfeier haben Frauen und Jungfrauen von Speier ins Markbacher Schillermuseum einen vergoldeten Lorbeerkranz aus massivem Silber gestiftet.

Stuttgart, 25. Mai. Der Verbandstag des Landesverbands württemb. Küfermeister findet am 4. und 5. Juni in Ehlingen statt.

Die Firma F. W. Wagner in Ehlingen, hat den Auftrag erhalten, die gesamte Röhreneinrichtung in Kupfer für den Haushalt des Kronprinzen Wilhelm nach Berlin zu liefern und zwar bis 1. Juni.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 23. Mai 1905.

Berichterstattung des Hrn. Landtagsabg. Weiß über Landtagsverhandlungen.

I.

In der Nr. 82 d. Bl. ist kurz mitgeteilt worden, daß Hr. Landtagsabgeordneter Weiß am letzten Samstag Bericht über die Landtagsverhandlungen der letzten Zeit erstattet hat. Hr. Direktor Loos begrüßte namens des einladenden Ausschusses der Ortsgruppe der Deutschen Partei die gut besuchte Versammlung, worauf der Hr. Abgeordnete alsbald mit seinem ausführlichen Referat begann. Wir glauben einem allgemeinen Interesse und allseitigem Danke zu begegnen, wenn wir den Bericht in seinen wesentlichen Punkten in unserem Bezirksblatt wiedergeben, wenn dies auch in 2 Abschnitten geschehen muß. Der Hr. Abgeordnete führte aus: Während der gegenwärtigen Landtagsperiode sind eine Menge Gesetzesvorlagen eingelaufen, auf die alle des Näheren einzugehen die Aufmerksamkeit der Anwesenden lahm legen müßte. Wie bekannt sein dürfte, steht der Landtag gegenwärtig in der Beratung des neuen Etats pro 1905/07. Der gesamte Staatsbedarf beträgt

für 1905 82 423 000 M.

derjenige für 1906 83 258 000 M.

Dieser Staatsbedarf wird durch folgende Einnahmen gedeckt:

1. Aus dem Ertrag des Kammerguts, der Domänen, Forsten, Salinen, Hüttenwerke, Eisenbahn und Post mit rund 36 Millionen;
2. Uebertreibung des Reichs aus der Brauntwein-Verbrauchsabgabe und der Reichsstempelsteuer im Betrag von 7 Millionen;
3. durch Landessteuern im Betrag von 39 Millionen.

In unserem Etat ist gegenüber den Vorjahren eine Besserung eingetreten. Während wir in den Vorjahren ein Defizit von einigen Millionen hatten, balancierte der neue Etat so ziemlich, d. h. die Einnahmen und Ausgaben decken sich annähernd. Diese höheren Einnahmen haben wir hauptsächlich den steigenden Erträgen des Kammerguts, der Forsten, Salinen, der Post und auch der Eisenbahn zu verdanken.

Unsere gesamte Staatsschuld beträgt gegenwärtig 535 665 000, wovon 499 Millionen Eisenbahnschulden, die eine jährliche Verzinsung von 19 Millionen erfordert. Bezüglich unserer Eisenbahnschuld ist insofern eine Besserung eingetreten, als durch den gesteigerten Verkehr derselben doch die Zinsen gedeckt werden können, auch ist in den letzten Jahren ein Reservefonds von über 4 Millionen angesammelt worden. Zu einer Tilgung unserer Eisenbahnschuld hat es

bis jetzt leider noch nicht gereicht. Es ist aber im vergangenen Jahr doch beschlossen worden, in Zukunft jedes Jahr einige Millionen an dieser Schuld abzutragen, bis heute aber ist es noch nicht geschehen. An eine Tilgung dieser bestehenden Schuld aber nach und nach zu denken, erscheint umso notwendiger, als wir vor einer Reihe von Neubauten (Stuttgarter Bahnhof) stehen, die ungeheure Summen erfordern werden. Die Kosten des Umbaus des Stuttgarter Bahnhofes sind im Etat nicht vorgesehen, und da auch den Ständen ein definitives Projekt nicht vorliegt, ist die hierzu erforderliche Summe nicht genau bekannt; man spricht von einem Aufwand von 30 bis 40 Millionen. Dann kommt die linksufrige Neckarbahn, verschiedene andere Bahnen, die schon längst genehmigt sind, sowie Bahnhofsumbauten, so daß wir bei der Eisenbahn vor eine Ausgabe von mindestens 100 Millionen, wahrscheinlich aber von 130 Millionen stehen. Diese Ausgaben erfordern eine bedeutende weitere Verzinsung, ohne daß derselben entsprechende höhere Betriebseinnahmen gegenüberstehen. Es muß deshalb darauf Bedacht genommen werden, auf welche Weise die Rente unserer Bahnen gesteigert werden könnte. Dieser Gedanke hat auch den Landtag schon wiederholt beschäftigt, ohne daß man bis jetzt zu einem greifbaren Resultat gekommen wäre. Es wurde der Gedanke angeregt, ob Württemberg nicht ähnlich wie Hessen in eine preussisch-württembergische Eisenbahngemeinschaft eintreten sollte unter Beibehaltung des württ. Hoheitsrechts, allein dieser Gedanke wurde, obgleich große finanzielle Vorteile damit in Aussicht genommen werden konnten, da es sich jedenfalls um mehrere Millionen jährlich gehandelt hätte, mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Die Aussichten auf eine größere Eisenbahnrente sind mit Rücksicht auf die bevorstehenden großen Ausgaben und auch in Rücksicht der Nachbarstaaten, welche durch Umleitung des Verkehrs, sowohl beim Personen- als im Frachtverkehr, uns ganz gewaltig zu schädigen suchen, keine günstigen. Eine Abhilfe wird wohl, wie schon erwähnt, nur durch Anschluß an einen größeren Betrieb zu erhoffen sein; leider ist aber an einen Zusammenschluß sämtlicher deutschen Staaten zu einer Reichseisenbahngemeinschaft nicht mehr zu denken, da Preußen mit seiner hohen Eisenbahnrente mit durchschnittlich 7%, während wir kaum die Hälfte haben, wohl nicht mehr darauf eingehen würde. Dagegen wird von allen deutschen Staaten über eine Betriebsmittelgemeinschaft verhandelt, und es scheint auch, daß eine solche zustande kommt; es würde dies schon von großem Werte sein, da das Fahrmaterial vollständig ausgenutzt werden könnte und leere Wagen und Maschinen nicht mehr geführt werden müßten.

Während auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens eigentliche Änderungen noch nicht eingetreten sind, ist im Postwesen eine Änderung erfolgt, insofern mit dem Reich ein Uebereinkommen getroffen wurde zur Einführung gemeinsamer Postwertzeichen. Dieses Abkommen ist vom nationalen wie auch vom verkehrspolitischen Standpunkt zu begrüßen, umso mehr, als der betreffende Postvertrag finanziell sehr günstig für unser Land ist und schon im Jahre 1902 dem Etatjah gegenüber eine Mehreinnahme von 500 000 Mark brachte, und wenn die beiden letzten Jahre zu Grunde gelegt, eine solche von einer Million pro Jahr nachzuweisen ist.

Unter den Etatsjahren führte Redner zunächst einige Zahlen vor. Allein für die Zwecke der Landwirtschaft sollen im Jahr 1905 141 000 M. mehr ausgegeben werden, zusammen 1 821 000 M., während für Handel und Gewerbe eine Summe von 503 000 M. ausgelegt ist. — Die Frage des Neubaus eines Hoftheaters ist in letzter Zeit in der Finanzkommission der Kammer beraten worden und wird demnächst an die Stände herantreten. Eine Rechtspflicht für den Staat, einen Ersatz für das abgebrannte Hoftheater zu stellen, wurde in der Kammer anerkannt, wie weit diese Rechtspflicht auszudehnen ist, darüber kann noch nichts gesagt werden, da diese Frage noch einer eingehenderen Prüfung bedarf, auf jeden Fall aber wird für die schon angelegte Forderung, ein Doppeltheater, Opern- und Schauspielhaus zugleich zu bauen, eine Mehrheit in der Kammer nicht zu haben sein; auch muß die Stadt Stuttgart, die das größte Interesse an dem Theater hat, mit einem zu leistenden größeren Beitrag herangezogen werden. Es handelt sich um einen Aufwand von ca. 3 1/2 Millionen Mark.

Eine weitere Forderung, die den Etat berührt, ist die geplante Aufbesserung der Geistlichen und der Volksschullehrer. Diese beiden Stände wurden bei der allgemeinen Beamtenaufbesserung vor einigen Jahren übergangen, da die Finanzlage des Staats diese Aufbesserung nicht zuließ. Es ist des-

